

General Hege an die süpprußischen Truppen

Wienberg, 25. Okt. Der neue Chef der Seeresleitung, Generalleutnant Hege, hat sich mit folgendem Erlaß von den Truppen des Westkreises I verabschiedet:

„Zum Chef der Seeresleitung ernannt, gilt es für mich, Abchied zu nehmen von meiner beehrten ersten Division und dem Westkreise I. Drei Jahre hindurch war es mir verordnet, an der Spitze der Truppen in Ostpreußen zu stehen, eine Zeit, in der aus schwerer wirtschaftlicher Not sich der allmähliche Aufstieg unseres geliebten Vaterlandes wieder anbahnte. Ich weiß, welche Leistungen, getragen von der Kraft treuerlicher Pflichterfüllung und hochwachtbarer Diensthaftigkeit, in dieser Zeit von Offizieren, Unteroffizieren und Mann und Weibchen und Angehörigen vollbracht worden sind. In dem Bewußtsein, daß ich diesen vorzüglichen Leistungen in erlerter Linie meine Berufung auf den neuen verantwortungsvollen Posten verdanke, ist es mir ein tief empfundenes Bedürfnis, Euch allen, Kameraden, noch einmal meine Anerkennung, meine warmen mahnenden Dank auszusprechen. In der Trennung stunde freut mich die Gewißheit, daß ich auch in meiner neuen Stellung mit Euch fest verbunden bleibe. Ich bin gewiß, daß der Westkreis I wie bisher, so auch in Zukunft seine Pflicht im Großen und im Kleinen, in allen wie in bösen Tagen erfüllen wird. Wohlwollende Beziehungen zu preussischen Soldaten! Zeit stets eingedenk, daß Euer Platz in unserer vom Vaterland abgegrenzten Provinz ein bevorzugter ist, daß Ihr aber auch jeder Zeit bereit sein müßt — auf Euch selbst gestellt — bis zum letzten Mann einzutreten für Freiheit und Bestand Eurer wunderbaren Heimat!

Nachmalige Verhandlungen um Chorow?

Das nachmalige Amt hat die polnische Note über die Entscheidung der Chorow von dem polnischen Standpunkt aus betrachtet, das es weder die Entscheidung übergeben noch an die durch das Gauger Stadtschreiben wieder in ihre Rechte eingeleiteten Mitglieder eine Entscheidung zahlen will. Die polnische Regierung bietet aber Verhandlungen an, und die deutsche Regierung scheint geneigt zu sein, solche Verhandlungen für die Chorow zu halten. In den juristischen Fragen zwischen Polen und der deutschen Regierung so groß sind, daß die Verhandlungen kaum zu einer Einigung führen können.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Einmütige Forderung auf Revision des Gasttarifs.

Merkelburg, 26. Oktober.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde zunächst die Einführung von drei neuen Stadtverordneten vorgenommen. An Stelle der ausgeschiedenen Herren Schäfer und Engel, Deutscher, und Herrmann (Deutsche Volksp.) wurden die Herren Zeilmann und Kamprad (Deutscher) und Weder (Deutsche Volksp.) als Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums vom Oberbürgermeister verpflichtet und zum Stadtverordneter ernannt. In einer Verlesung wurde der Inhalt des Beschlusses bekannt, demnach Herrmann (Deutsche Volksp.) sein Mandat niederlegt hat. Darauf wurden die Ergebnisse zu den Deputationen und Kommissionen für die ausgeschiedenen Stadtverordneten vorgenommen. Am wichtigsten wurden die neu eingetretenen Herren zur Wahl vorgeschlagen und beauftragt. Weiter eine Besondere Deputation bezüglich der Straßen- und Anlagenerweiterung der Erberblosen kam es zu einer längeren Aussprache zwischen den Sozialdemokraten und dem Magistrat, da nach Ansicht des Stadtschreibers die Fassung des Gesetzes nicht klar genug sei. Nach eingehender Besprechung durch Herrn Zeilmann und Herrmann, die Sozialdemokraten die Verordnung richtig erfaßt und gegen ihre Einwände juristisch.

Die Wahl der Beisitzer und Stellvertreter für das Bier-einlagensamt wurde verlagert. Über den nächsten Punkt der Tagesordnung, Anlegung eines Bürgersteiges an der Westseite der Westendstraße entlang des Mühlentales, berichtete Stadtschreiber, Krüger, der beantragte, die Kosten von 2300 Mk. hierfür zu bewilligen. Die Stadtschreiber (Volksp.) und Riese (Volksp.) brachten bei dieser Gelegenheit ihre Wünsche bezüglich der Befestigung des Straßenlaufes an, andere, ebenfalls berechtigende, waren der Stadt vor, besonders wurde der Ausbau der Straße von „Herzog Christian“ bis zum Bürgergarten gewünscht. Dem Antrage des Berichterstatters wurde stattgegeben. An ausführlicher Weise berichtete Stadtschreiber über die Umlegung des Geländes an der Gledbauer- und Gledbauerstraße. Die hierfür entstehenden Kosten von 10.500 Mk. wurden bewilligt.

Antrag eines Automobilklubbes.

Stadtschreiber über den Berichterstatter begründete den Antrag, 2300 Mk. für den Ankauf eines Automobils für die Klubsache zu bewilligen. Er machte davon Mitteilung, daß noch keine Entscheidung für eine bestimmte Lieferfirma gefallen sei, da inzwischen ein weiteres günstiges Angebot eingegangen sei.

Stadtschreiber (Volksp.) stellte den Antrag, die Summe bereit zu stellen, vor dem Erwerb des Automobilklubbes jedoch eine Konturenvorforschung zu veranlassen unter Einziehung des Brandstifters Schulz von der Stadtkasse. Oberbürgermeister Herzog erklärte hierzu, daß noch Magistrat und die Brandstifters bereits im engeren Einvernehmen mit der Feuerlöschdeputation geübt worden sind und daß in der von Herrn Krüger vorgeschlagene Weise Verfahren würde.

Für die kommunistische Fraktion erklärte Stadtschreiber, daß man zustimme, man wünsche aber die Einmütigkeit von Berufsfeuerwehrgenossen. Nach der jetzigen Anordnung ist unzulässig, daß ein Feuerwehrgenosse nicht zum Beispiel anderer Städte Feuerlöschdeputations aufgestellt werden könnten.

Stadtschreiber erklärte dann, daß über die Alarmeinrichtung schon fast längere debattiert werde. Man plane jetzt die Aufführung einiger weitere Streifen, da die Finanzen bis auf weiteres den Einbau der elektrischen Alarmeinrichtungen nicht gestatten.

Stadtschreiber bestätigte seine Einträge bei der Verhandlung der Feuerlöschgeräte in Berlin und meinte ebenfalls, daß die Einrichtung von Alarmsignalen vorläufig zurückgestellt werden müsse. Unter großer Beifall erklärte er, daß der Feuerwehrgenosse ist sehr immer noch zu früh dazugehen.

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Über den nächsten Punkt der Tagesordnung, Umlegung des Trages der Mühlentale, berichtete Stadtschreiber. Die Kosten von 4000 Mk. wurden bewilligt.

Beim Antrage eines weiteren Straßennetzes im südlichen Stadtteil, worüber Stadtschreiber berichtet, kritisierte Stadtschreiber Riese, daß bereits fast schon Umbauten vorliegen. Er wurde vom Oberbürgermeister und vom Stadtschreiber dahingehend aufgeklärt, daß früher bereits vorgeschrieben war, bei geplanter Inanspruchnahme des südlichen Stadtteils, die dortigen Umbauten vorzunehmen. Es ist einmütig mit den Bedauern der Stadt umgegangen worden.

Juangriffnahme des Ostler-Saale-Kanalbaues

Dresden, 25. Okt. Auf brisantes Gerüden der sächsischen Regierung hat sich die Reichsregierung einberufen erklärt, daß der Ostler-Saale-Kanal gleichzeitig mit dem Mittelkanalbau in Angriff genommen wird. Die erste Teilstrecke des Ostler-Saale-Kanals von Leipzig bis zur preussischen Grenze ist etwa acht Kilometer lang und wird beschleunigt für rund 1000 Erwerbslose bieten. Neben diesem Kanalbau ist auch mit der Aufnahme des Leipziger Saalekanals zu rechnen.

Der Reichspräsident annahm Dr. Jänike

Jänike tritt in den preussischen Staatsdienst über. Der Reichspräsident hat auf Grund einer Verordnung über die Aufnahme zur Wahrung der Disziplinartaten für Reichsbeamte, im Hinblick auf die Annahme vom August 1925, das gegen den Schlichter des vorherigen Reichspräsidenten Coer, Jänike, gefällte Disziplinartat auf Zahlung eines Betrages in Höhe von einem Drittel seines Monatsgehaltens, an dem Antrage erlassen. Die in dem Disziplinartat gleichfalls ausgesprochene Befristung wurde infolged nicht mehr in Frage, als am 1. November Dr. Jänike aus dem diplomatischen Dienst austritt und in die preussische Verwaltung übergeht.

Bildungsbüro Vorgehen gegen die Opposition.

Wiesbaden, 26. Okt. Reichsbildungsbüro hat sich am Montag zusammen mit Justizminister Wüstowicz nach Wiesbaden, um das Grömal seines im Kampfe gegen die Bildungsverhältnisse Adjunkten fürst Stanislaus Kasimirus mit einem militärischen Grenzkreis zu definieren. Bildungskomitee hat in dieser Weise sämtliche Vertreter der Aristokratie und des Großgrundbesitzes geladen. In diesem politischen Kreise wird man dieer demonstrativen Kundgebung Bildungskomitee weitgehende politische Bedeutung zu. Man nimmt an, daß er mit diesem Vorgehen die Wählscheibe der Wählerkreise des Reichsbildungsbüros zu richten. Seine Pflicht, so sagt man, bestehe darin, die Aristokratie und das Großgrundbesitzes von der Nationaldemokratie loszulösen.

Ein Gaspreisdebatte.

Stadtschreiber berichtet über die Gemin- und Verleumdung der Stadtschreiber Werte. Diese Vorlage ist bereits eingehend in unserer Zeitung behandelt worden. Stadtschreiber Freiberger (Deutsche Volksp.) beantragte die Neuregelung des Gaspreises, die auf Kosten der Kleinabnehmer erfolgt sei. Er habe gehört, daß zugewandte die Gaslieferung abgehört worden sei. Er wunderte sich, daß ein enorm hoher Gasverbrauch von 20 Prozent angegeben sei, da ihn doch keine Verbraucher hätten, daß nur 8-10 Prozent Verlust normal sei. Man werde sich künftige Fragen müssen, ob es nicht besser sei, die Stadtschreiber Werte wieder in rein städtische Regie zu übernehmen und auf die Welt der Wirtschaft zu übertragen. Auch die Preise für den elektrischen Strom seien zu ungunsten der Kleinabnehmer festgelegt. Das würde dazu führen, daß auch hier viele Anschlüsse aufgegeben werden. Ferner regte er noch die Einrichtung einer Verbrauchsmessung im Verbrauchsbereich der Stadtschreiber Werte an.

Stadtschreiber Grimm (Volksp.) kritisierte in ähnlicher Weise die Tarifpolitik des Gaswerks und beantragte, den gesamten Lieberbusch des Elektrizitätswerks einem Neubaufonds zu überweisen.

Stadtschreiber Wiegand beantragte, daß der jetzt für durchgehende Zari gerade den Kleinabnehmern Vorteile bringen soll. Grundlag sei, daß die städtischen Werte sich selbst tragen sollen. Der Gasverlust läge an dem veralteten Höhenzylinder, das nach und nach erneuert würde.

Stadtschreiber Burg (Volksp.) stellte eine Reihe von Anträgen, die aber unter einer Umbauarbeiten von allen Parteien zurückgewiesen wurden.

Stadtschreiber Koch (Volksp.) fragte an, ob es nicht möglich sei, die umliegenden Gemeinden mit an der Versorgung durch die städtischen Werte anzuschließen.

Stadtschreiber Kampf (Volksp.) entgegnete, daß dieses aus finanziellen Gründen nicht möglich sei. Er habe für 8 Pfg. für Strom 5 Pfg. und für Wasser 2 Pfg. zahlen.

Stadtschreiber Wiegand gab die Mitteilung, daß das billige Gas in Wiesen dafür aber nur den halben Heizwert habe.

Stadtschreiber Schwaner stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt, daß der Magistrat eine Nachprüfung des Gastarifs vornehmen müsse, weil tariflich unzulässige Wirkungen erzielt würden. Im übrigen müsse an den Anträgen des Magistrats festgehalten werden, besonders bei der Verwendung des Lieberbusches vom Elektrizitätswerk. Die 100.000 Mk. seien bereits in den Etat für 1926 eingesetzt worden, und dieser Etat habe nach vielfachen Verhandlungen nun endlich seine Genehmigung gefunden. Wenn sich für den Antrag der Sozialdemokraten eine Mehrheit finden würde, so würde man wieder zu einer Klage des Magistrats vor dem Verwaltungsgericht gegen den Beschluß der Stadtverordneten kommen, und es sei gar nicht daran zu zweifeln, daß der Magistrat recht bestände.

Oberbürgermeister Herzog gab im Namen des Departements die Erklärung ab, daß der Gastarif einer Überprüfung unterzogen werden soll. Außerdem sagte er klar, daß von allen Parteien prinzipiell bisher der Standpunkt vertreten wurde, daß die städtischen Werte bei kaufmännischer Verwaltung aus mit zu den allgemeinen Lasten der Stadt herangezogen werden müßten.

Nach einer weiteren Auseinandersetzung zwischen den Stadtverordneten Freiberger und Krüger schritt man zur Abstimmung.

Einmütig wurde der Antrag angenommen, daß ein neuer Gastarif ausgearbeitet werden soll, in der die ausgedrückten Forderungen berücksichtigt werden müssen.

Unter Ablegung der kommunistischen Anträge wurde den Anträgen des Magistrats gegen die Stimmen der linken zugestimmt.

Anschließend fand noch eine kurze geheime Sitzung statt.

Hilfreich sei der Mensch

Dresden sagt Orlan! Der schwarze Signalhaß hängt schon seit Tagen ununterbrochen am Rande der Sturmwarnung in Nord- und Ostsee. Hohe gemaltige Wasserberge wölbt der Sturm der sich her, alles zerstörend, was hindern im Wege liegt. Auf See und an den Küsten fordert der blanke Damm seine Opfer. Ständig laufen von den verschiedenen Küstenplätzen. Nachrichten über Schiffstragungen, Untergängen an den Küsten und Rettungen aus Seenot ein. Viele Küstengebiete sind durch Beschädigung von den unaufrichtigen stürmenden Fluten überflutet, Menschen und Tiere unter sich begraben.

Bei den Rettungsaktionen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, die von Vortum bis Remel, die Nord- und Ostsee in dieser Reihenfolge besetzt halten, stehen in diesen Zeiten tapfere Männer in fester Bereitschaft Wade, entschlossen, mutig ihr Leben einzusetzen, wenn der Ruf ertönt: „Schiff in Not“ und wenn es gilt, Menschenleben aus Not und Gefahr zu retten. Deutsche Männer und Frauen, geborene Kurier Brüder und Schwestern in Seenot, indem ihr der so fernliegenden Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger als Mitglieder beitrete. Vor dem Kriege erhielt die Gesellschaft auch jährliche größere Gaben, mit denen jetzt kaum noch rechnen kann. Umlomere kommt es darauf an, daß sie sich jetzt auf breite Kreise aus dem gesamten deutschen Volkstümlich fann, und ein Beitrag von etwa 3 Mark jährlich wird gewiß von vielen noch gern übernommen.

Anmeldungen sowie auch geringe Jahresbeiträge nimmt Herr Max Seibide, Merseburger, Gottschalkstraße 15, oder die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Bremen, Martinststraße 41, dankbar entgegen.

Verunfallte Fuhrer.

In der Kulmbitzerstraße fuhr ein Wagen gegen 3 Uhr furs vor dem Güterbahnhof ein mit Strohhohlbekleideter Wagen eines unbedarften Landwärters an und bog nach rechts ab, um den Eisenbahnen zu passieren, diesen ganz verberbernd. Menschen und Vieh kamen glücklicherweise nicht zu Schaden. Durch Umladen auf einen anderen Wagen wurde das Hindernis nach zwei Stunden wieder beseitigt.

Das Vorkommnis der Kinder auf dem Rathausplatz ist wieder erlaubt. Trotz der Warnungstafel hat die Schulpolizei Anweisung gegen Kinder nicht durchgesetzt, besonders der größeren Jugend. Die Aufführung wurde gefeuert in der Stadtverordnetenversammlung gegeben.

Für die der nationalpolitischen Aktion am Sonntagabend hatte die Stadtkassierin Ritter ein Konzertband freundschaftlich zur Verfügung gestellt. Die Begleitung zu den Liedern des Herrn Kammerherrn Rabe hatte Herr Kammerherr Krenowitz übernommen. Er läßt seine Aufführung zu, sobald ihm Kammerherrn Rabe besonders ansieht.

Schönheit für Wähler. Die Schönheit für Wähler, Wähler und städtische Wähler beginnt für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg mit Ablauf des 16. November 1926. Die Schönheit für Wähler und Trunkenheit wird für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg auf das ganze Jahr ausgedehnt. Die Schönheit für Wähler wird vom Bezirksamt bis 31. Oktober 3. ausgeht und ihr erneuter Beginn auf den 1. Mai 1927 festsetzt.

Die Ausstellung im „Neuen Schauspielhaus“ wird eröffnet am Mittwoch, den 27. Oktober, 6.30 Uhr nachmittags, durch eine Begrüßungsrede des Vereinsvorsitzenden und durch eine Eröffnungsrede des Direktors, Herrn Oberbürgermeisters Herzog. Ferner wird Herr Direktor: G. J. Jena, ab 7 Uhr einen Vortrag über die Entwicklung und Zukunft des Rundfunkwesens halten. (Siehe auch das Interat in der heutigen Nummer.)

Warum Kirchensteuer? Es ist ein erhellendes Zeichen, das nachdenklichen Verständnis für die Aufgaben unserer evangelischen Kirche, daß man die Kirchensteuer als eine Selbstverständlichkeit empfindet. Die Kirche ist ein Organismus und hat einen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben. Dieses ist in ihr gefestigt und wird von der kirchlichen Steuer aufzubringen. So sind z. B. durchgehende unsere Krankenhäuser aus freiwilligen Mitteln entstanden, 22.500 Diakonissen im evangelischen Deutschland helfen sich den Lebensunterhalt zur Verfügung, ohne nach anderen Mitteln zu fragen. Das große Werk der Arbeiter der Inneren Mission steht zu einem großen Teil außerhalb des Kirchensteuerbereichs. Hier liegen Wohlthäter vor, die die Gemeindefürsorge erhält, ohne daß sie mit einer Sondersteuer dafür herangezogen wird. Die Kirchensteuer ist noch immer eine Ausgabe, die sich bei der Gemeinnützigkeit der kirchlichen Veranstaltungen auch sozialpolitisch als produktiv und aufbauend erweist.

Wenig evangelische Pfarrstellen gibt es in Dresden? Gegenüber phantastischen Zahlen, die mehr als den doppelten Bestand angeben, ist auf Grund des statistischen Jahresbuches über die evangelischen Kirchen festzustellen, daß es am 31. Dezember 1924 nur 9150 Anhaber evangelischer Pfarrstellen gab; dazu kommen die Stellen von Hilfsgeistlichen und von 367. 592 Pfarrstellen sind überhaupt nicht besetzt.

Wetterverhältnisse. Für das mittlere Norddeutsche Land: noch nicht bewillt, etwas windig bei wenig veränderter Temperatur, Niederschlagsneigung besteht fort. Für das übrige Deutschland: überall unbedeutend, kühl und windig, frühweiser Niederschlag.

Stadtkassierin halle

Aus dem Büro des Stadtkassierers wird uns geschrieben: Zur Krautführung von Hans J. Reichs's „Kassia“, die morgen, Mittwoch, stattfindet, hat sich eine große Anzahl auswärtiger Preisverleiher angemeldet. Auch der Autor wohnt der Aufführung bei. Beschäftigt ist das gesamte Kolonialpersonal des Schauspielers; Regie: Jochen Dietrich. Es wird darauf hingewiesen, daß das Stück wegen seiner Schilderungen sozialer Großstadtsünde für Jugendliche nicht geeignet ist.

Das Tagesspiel von Riddy Impefaven am Donnerstag gibt dem hallischen Publikum Gelegenheit, nach den bisher hartgeunden Tagendebattierungen nun auch die fernen zu lernen. Es ist die geborene Jägerin, die große Begehung, die nicht Originalität, sondern originalneff ist; schreibt ein großes Berliner Blatt gelegentlich ihres dortigen Auftritts.

Rufsig Bist!

Von Harro Gilling

Die Londoner „Times“ die man nach ihrem Weltlichkeitskreis wieder als Beispiel der besten öffentlichen Meinung in England betrachten kann, brachte kürzlich an auffälliger Stelle eine Aeußerung zur Kolonialfrage, die für die deutsche Leserschaft sehr lehrreich sein kann. Es handelt sich um unsere ehemalige Kolonie Deutsch-Ostafrika, das jetzt englische Mandatsgebiet Ostafrika-Zentralafrika. Eingehend auf die im englischen Volk herrschende Beforgnis (angehend durch zahllose Aufschriften an die „Times“ bewiesen), das genannte ostafrikanische Gebiet müsse eines Tages an Deutschland zurückgegeben werden, glaubt das Blatt nicht seinen Lesern verschmähen zu können, daß das Schicksal dieser ehemaligen Kolonie kein Problem mehr ist, sondern eine endgültig geregelte Angelegenheit. Die Gefahr, das Gebiet könne wieder in andere Hände gelangen, besteht nicht.

Ob die „Times“ an die Endgültigkeit der Verleibung auf kolonialen Gebiet glauben, ist mindestens fraglich; es ist wohlrichtiger, daß sie nicht daran glauben. Sehr bezeichnend aber ist es dann, daß das Blatt der Meinung ist, jenen Ansicht in erweisen zu müssen. Hinter dieser Forderung liegt der Druud der in kolonialen Dingen in der Tat ziemlich geschlossenen öffentlichen Meinung in England, auf dem man in Deutschland kein so großes Vertrauen hat. Die Forderung ist in sich selbst klar, daß dem Durchschnittpolitiker der Deutsche, die deutschen Kolonien müßten auch nur teilweise zurückgegeben werden, einwetlen noch unerwähnt, wenn nicht völlig unfaßbar ist. Dazu kommt, daß England gerade die größte und wertvollste Kolonie Deutsch-Ostafrika, bis zum äußersten schutzlos verfallen wird.

Die Bedeutung Ostafrikas für England ist hinreichend gekennzeichnet durch den Hinweis auf das Streben Englands, den Indischen Ozean unter Ausschließung jedes europäischen Wettbewerbers zum rein britischen Meer zu machen, und durch das Programm der Kaiserpolitik. Was also in England die portugiesische Kolonie, nicht wie das Mutterland völlig unter britischen Einfluß. Das seltsame Gerede in der strengen englischer Einflußgebiete vom Kap bis Saito war Deutschland in die Hände gegeben.

Es ist gut, daß wir uns Englands Ziel vor Augen halten. Auch für uns hat gerade das geopolitisch wichtige Ostafrika zu begehren Bedeutung, daß wir auf die Wiedererwerbung den schärfsten Ausdruck legen müssen. Interessant sind nun die Hinweise, mit denen die „Times“ die englische Öffentlichkeit zu beruhigen versuchen. Zunächst ist England Mitglied des Völkerbundes, und zur Übertragung eines Kolonialmandats auf eine andere Macht ist ein einstimmiger Beschluß erforderlich. Das ist in der Tat eine bittere Wahrheit, der wir uns Bewußt sein müssen. Ferner können die Völker ein es werden, was die deutsche Bevölkerung mühselige Zuküftungen gegeben werden, daß niemand das Recht Deutschlands auf Ausübung kolonialer Mandate in Abrede stellt; die „Times“ fügen jedoch hinzu, daß für die Einbindung dieses (halben) Völkerbundes eine Zeitlang nicht in Frage gestellt werden soll. Also auch hier wieder, wie bei der Frage des fälschlichen Völkerbundes der Völkerbund vorgeraten Einfährungen, die erst hinterher ans Licht gezogen werden.

„Wichtige Gründe“ müßten seitens Deutschlands ins Feld geführt werden, wenn eine Zustimmung Englands zur Rückgabe Ostafrikas ermöglicht werden sollte. Die nachste Tatsache, daß Deutschland koloniale Betätigung wünscht und die Kolonien als geraubt betrachtet, ist für die „Times“ noch kein zureichender Grund. Das Blatt glaubt einen Trumpf auszuspielen, indem es darauf hinweist, daß Deutschland auf Grund der Bestimmungen für die Mandatsgebiete in Ostafrika in Ostafrika die besten Rechte hat, und daß jeder andere Staat. Das ist zunächst, wie jeder Kolonialwirtschaftler weiß, in sehr vieler Hinsicht graue Theorie. Dann aber trifft dieses Argument auch nicht den Kern des Problems, wie es sich deutschen Augen darstellt. Wir wollen nicht um wirtschaftlichen, sondern um politischen Einfluß in den tropischen Gebieten, und vor allem gegen unsere Bestrebungen dahin, angesehene Teile der Kolonialbevölkerung in Afrika und anderswo deutsche Kultur und deutsche Sprache zu bringen und dadurch der deutschen Weltgeltung neue, dauerhafte Stützpunkte schaffen. Wir wollen die englische Weltgeltung gegen die überherrschenden englischen Einfluß, wie es sich uns heute darbietet.

Vom Glück vergessen.

Roman von F. Vehn.

62. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Selbst um diesen Preis gebe ich dir jetzt — jetzt nicht mehr — das Geheimnis anderer preis.“ „Gwendoline!“ rief er halb drohend, halb bittend, „lohn!“ „Hollene nur ruhig — lohn! Ich es wirklich zu Ende sein mit uns! Am besten komme ich so deinen Wünschen entgegen! Unmöglich kann dir ja noch etwas an der Verbindung mit der Schwester noch eines Bubens liegen! Vielleicht hast du diese Lösung selbst herbeigewünscht und begrüßt es denkbar, daß das Geheiß es so gefügt! Mit mir und meiner Familie kannst du ja doch keine Ehe eingehen! Du hast mich so schwer gekränkt durch dein Mißtrauen, vielleicht war dir alles schon leid, das mit mir — Ihre Stimme brach in Schluchzen und die Worte überfluteten sich; sie war in einer fürchterlichen Erregung. Er war sehr blass geworden. Das hatte er nicht gemollt, was sie ihm unterthob — dazu war sie ihm zu teuer. Er liebte sie mit keiner harten, eifrigen Mannessiebe, obwohl ihm die Beschäftigung ihrer Familie nicht sonderlich unympathisch waren. „Fürchter Tropfen!“ er lachte ihre Hand zu fassen, „doch ich will deine Worte nicht wagen, du bist erregt, Gwendoline — morgen wirst du anders denken.“ Er lenkte ein. „Mein Axel, ich denke morgen nicht anders. Was ich dir gesagt habe, bleibt es ist auszuweisen uns! Ich will dir nicht länger lästig sein — unter geheimes Verbotnis war eine Ueberleitung, ich sehe es ein! Du wirst diese flüchtige Episode mit mir fast vergessen haben. Lebe wohl, Axel, ich wünsche dir alles Gute!“ Und schnell ging sie davon, weil ihre Selbstbeherrschung sie zu verlassen drohte. Er machte Miene, der Daunenleiden zu folgen, doch er überlegte: heute würde er nichts erreichen — morgen würde sie wieder ruhiger denken. Gewisser im Mai war es nur!

Es ist klar, daß England sich streben wird, uns Kolonien zu machen. Es wird versuchen, uns mit ein paar kolonialen Broden in Ostafrika, möglichst auf französische oder portugiesische Kosten, abzupfeifen. Diefem englischen Willen, dem Willen des Weltbundes, gibt es mit aller Entschiedenheit den deutschen Willen, auf kolonialpolitischen Gebiet keine untergeordnete Rolle zu spielen, sondern vorkanzler zu empfangen. Die Mission, der Wiedererwerb der Kolonien müße uns nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund als reife Frucht in den Schoß fallen, ist verderblich. Der Wiedererwerb wird sehr schwierige diplomatische Arbeit verursachen. Das bewußte Volk wird auch daran tun, daß man Schwierigkeiten nur überwindet, wenn man sie voll erkennt und an dieser Erkenntnis der Wille, das gestellte Ziel zu erreichen, stetig weiter wächst.

Reichsbürgererrat und Parteien.

Die Ansprache des Staatsministers v. Voebell während der Tagung des Reichsbürgererrats in Danzig ist nunmehr in ihrem wesentlichen Vorkant in „Deutschenspiegel“ (Heft 2, S. 35) erschienen. Wir entnehmen derselben folgende: Der Vortragende würdte an die Tatsache an, daß die Sturmflut der Inflation eine Auswirkung der staatlichen und wirtschaftlichen Experimente war, die unter der Herrschaft der Arbeiter und Soldatenrat eingeleitet und von Regierungen fortgesetzt wurden, die von der Sozialdemokratie ausgangsbekannt bestimmt waren. Nachdem dieses geschehen, wenn vielleicht auch unabhingige sozialistische Experimente den Zusammenbruch von Währung und Wirtschaft herbeigeführt hatte, zog sich die Sozialdemokratie von der Teilnahme an der Reichsregierung zurück, nur noch die bescheidenen Posten der Reichsregierung, die unbillig duldend, teils offen widerstrebend, die Neuordnung des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens zu beobachten. In den Länderregierungen hielt sie sich dagegen umso zäher fest, um unter dem Schlagwort „Durchführung der Sozialpolitik“ und „Reparatur“ in öffentlichen Kreisen unterzubringen. Der Wiederaufbau unserer Währung wurde ausschließlich von den bürgerlichen Kreisen durchgeführt. Der Aufbau der Wirtschaft steht noch in seinen ersten Anfängen. Die sozialistischen Ideen sind auch hierbei das schmerzliche Demütis. Deshalb ist ein Arbeiter in der Sozialdemokratie unmöglich. Der wirtschaftliche Aufbau kann nur auf der staatsbürgerlichen Grundforderung vor sich gehen: Einwirkung der höchsten Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen zum Wohle seines eigenen Fortkommens und der Allgemeinheit. Alle Versuche einer Verstaatlichung der Wirtschaft, die von der Sozialdemokratie haben schweren Schaden gebracht. Wir müssen uns bemühen, daß die Voraussetzung für jede gesunde Volkswirtschaft die Abwehr vom sozialistischen Wohlfahrtsstaat und Aufrechterhaltung des bürgerlichen Rechts ist. Eine herrschaftliche Verfassung ist die Voraussetzung einer wirksamen Verleitung ihrer bisherigen Grundbedeutung, die von ihr wie ihre Zielsetzungnahme beispielsweise im Vorkantenscheid gezeigt hat in absehbarer Zeit nicht erneuert werden kann.

Die bürgerliche Gemeinheitsarbeit ist bisher durchgefallen, daß das Bürgeramt sich nicht in genügender Umfang der gemeinheitsfälligen Grundausführung bemüht geworden ist. Durch eine allmähliche Abstimmung der auseinander tretenden Auffassungen und Interessen wird das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Wille zu gemeinschaftlicher Arbeit erzeugt. Vier altes tätig zu wirken, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsbürgererratsbewegung, die ja von Anfang an das Ziel der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft aufgestellt und verfolgt hat. Insbesondere hält der Reichsbürgererrat eine derartige Arbeitsgemeinschaft für notwendig und erreichbar in den Parlamenten der Selbstverwaltung. In diesen unter Wirtschaft zwei grundsätzliche Auffassungen: einerseits die staatsbürgerliche, die die Selbstverwaltung möglichst einfach und billig gestalten will und alle nicht in ihr eigenem Arbeitsgebiet fallenden Aufgaben der privatrechtlichen Initiative wiederzuführen und an allen kulturellen Fragen von der bürgerlichen deutschen Bevölkerung auszugehen, nehmen wir; andererseits die sozialistische, die danach trachtet, möglichst alle Betätigungsbereiche und alle wirtschaftlichen Unternehmungen, soweit sie nicht verstaatlicht sind, zu verstaatlichen und die sich in Kulturfragen nach frei religiös kosmopolitischen Grundsätzen richtet. Der Reichsbürgererrat anerkennt die Notwendigkeit der Parteien, hält aber die parteipolitische Durchsetzung unserer gesamten öffentlichen Lebens für eine Gefahr. Er behält deshalb die Abhaltung der Wahlen durch die Art ihrer von der Verfassung bestimmten Entscheidung nur auf überparteilicher Grundlage gefest werden (Reichspräsidentenwahl, Volksentscheid) für sich und die übrigen außerparlamentarischen Organisationen vor.

Staatsminister v. Voebell weist schließlich mit eindringlicher Klarheit die Unterstellung zurück, der Reichsbürgererrat werde unter seiner Leitung die Schaffung einer neuen Partei.

Dorcht schüßt vor dem Tod.

Die Gelehrten befaßen sich mit der Gelehmigkeit, den feindlichen Irrtümern und Zusammenhängen von Eisenbahnunfällen. Wie wir Sterblichkeitsschiffen haben, so wird auch bereits die Gelehmigkeit der Zufälligkeiten bei solchen Unfällen berechnet. Die Häufigkeit der letzteren hängt nicht von der Menge der bei einer Station befindlichen Signale ab. Bei Rangierbahnhöfen ist auswendigliches Verlegen der menschlichen Fähigkeit häufiger als die bestehende rechtliche Schwierigkeit. Für die Unfallverhütung ist daher neben der sozialen Technik auch die seelische Tätigkeit der Bedrohten von Bedeutung. Das starke Bewußtsein der Selbstverantwortlichkeit ist besonders notwendig. Die Mittel zur Verhinderung der Unfälle werden mit dem entsprechenden Erziehung und Auffklärung der Arbeiter bezeichnet. Gute Nachrichten haben leider geringen Erfolg auf dem Markte des Lebens. Wer sie nicht hören will, muß sie eben fühlen. Wir wissen, daß auch bei Verkehrsunfällen die Betroffenen sehr oft selbst an ihrem Unglück schuld sind. Im Augenblick der Gefahr verlieren sie die Bestimmung. Es fehlt die Weisheit, die Seele unterteilt dem auf sie erfolgenden Angriff. Liegen wird der, der seinen Körper vollkommen in der Gewalt hat und der seine Kräfte nicht im Jahre 1922 fand der deutschen Reichsbahn beim Überqueren der Bahn auf bei Benutzung der Bahn ab Weg 322 Bahnhöfe (Wald-Eisenbahn) gestört worden. Die Anwendung lautet: „Vorwärts an unbewachten Überwegen, Bahn nicht außerhalb der Überwege überqueren, Bahn nicht als Weg benutzen.“ Nach der Betriebsunfallstatistik der Deutschen Reichsbahn wurden im Jahre 1925 211 Fälle von Zusammenstößen gemeldet gegen 192 im Jahre 1924.

Nach den Feststellungen der Berliner Straßenbahn ereignen sich beim Auf- und Absteigen 40 Proz. beim Überqueren der Gleise 45 Proz. der schweren und tödlichen Unfälle. In 90 Prozent der Fälle trifft den Verursacher die Schuld. Das Warten und Umschalten vor dem Überqueren der Straße ist geboten. Für Berlin gilt wie andernorts der Erfahrungssatz, daß die meisten Unfälle durch Nichtbeachtung der Verkehrsregeln und Unachtsamkeit geschehen.

Die Polizeidirektion Mannheim brachte auf der Berliner Zusammenkunft ein Anschlagsbild mit der Aufschrift: „Schuldigen in der Strafkammer zur Not.“ Ein Wagenfahrer wagen dieser Direktion zeigt, wie der Aufgänger über die Straße gehen soll. Beim Verlassen des Fußsteiges muß er nach links blicken, und von der Mitte der Fahrbahn aus nach rechts. Recht zweckmäßig ist die Mahnung: „Aufpassen auf den Fußsteig.“ In Berlin neben anderen Straßenschildern auch ein Schild mit der Aufschrift: „Der Grundbesitzer.“ Der Grundbesitzer ist für den Fahrdamm, die Gehwege für den Fußgängerverkehr da. Ist gut. Wie ist es aber auf dem Lande zu halten, wo ein Gehweg fehlt, oder gar das Gehen auf dem Schotterweg ist. Wege der, die auf dem Lande einen Kinderwagen zu führen hat. Im günstigsten Falle birgt sie der schützende Straßengraben.

Barkbräu köstliche Pralinen

sich halten konnte, niemand! Jetzt war sie ganz vom Glück verlassen und vergessen, und ihr Weg führte ins Dunkle, Ungewisse, die Sonne war aus ihrem Leben geschwunden. Die Sonne, die ihr Axels Liebe bedeutet! Der Gedanke an ihn hatte sie leicht als Widerwärtige überwinden lassen, winkte doch als leichtes Ziel nach langem mühevollen Weg die Vereinigung mit dem Geliebten. Und nun sollte das nicht mehr sein, wonach sie sich sehnte! Schlaflos brante sie die ganze Nacht zu. Mit brennenden Augen starrte sie in das Dunkel. Sobald es möglich, wollte sie fort. Sie hatte ein günstiges Angebot nach Glasgow — bis fünfzehnten November sollte sie ihre Entscheidung treffen — also nur wenige Tage noch! Immer noch hat sie gegögert, dieses günstige Angebot anzunehmen — im Gedanken an Axel — nun aber war es das Beste — im fremden Land würde sie am leichtesten noch über diesen schweren Schmerz hinwegkommen. — Müde und traurig erhob sie sich am anderen Morgen. Sie fror; es war ihr unbehaglich zumute. „Jetzt hat es keinen Brief“, dachte sie immerfort, während sie ihre Hausarbeit verrichtete. Da brach die Post ihr ein Paket. Sie öffnete es — von Maria Christinas gütiger Hand gesendet, enthielt es Noten, einige Bücher, Ledereten und ein modernes Täschchen mit Vorkommnisse, dessen Inhalt ihr eine Räte der Ueberreicherung ins Gedächtnis rief. „Ich lasse deinen letzten Brief mit seiner Abgabe nicht gelten, Liebe.“ schrieb die junge Fürstin, „wohl ehre ich Deine Gedränge, doch ich erkenne sie nicht an! Bin ich, mein ich Herogin bin, ein anderer Mensch geworden? Ich bin noch immer die geliebte, als die du mich kennen gelernt hast. Ich kann nicht dir sage, Du schickst mir sehr, so ist es! Ich lehne mich nach unten gemieteten Wäffchen, Liebe! Und damit du jetzt nicht nochmals mit fürstlichen Ausreden kommst, es sei nicht mehr angängig, daß Du die unprudenliche Rolle meiner Freundin so offiziell spielen dürftest — Fürstin brauchen am meisten wahre Freunde — so erlaube ich mir, Dir einfach schon jetzt die Anlagen für Deine Reise usw. zu ersehen! So mußst Du doch kommen, Du lieber Eigenheim! Vom Montag an erwarte ich Dich.“ (F. I.)

Wie gelangt man Gwendoline nach Hause. Sie ging in ihr Schlafkammer, setzte sich auf den Rand ihres Bettes, die Hände ineinander verwickeln, und starrte vor sich hin. Eine grenzenlose Oede und Leere war in ihr. Wie hatte Axel ihr das antun können, sie mit seinem Mißtrauen zu beleidigen! Sie, die ihn über alles liebte! Ihre Treue zog er in Zweifel! Ihr überreichtes Ehr- und Ehregefühl, durch mancherlei Hand gekränkt, ließ sie für ganz gewiß empfinden, daß Axel nur nach einem Grund gelucht hatte, sich ihrer zu entledigen. Ganz sicher, das war es nur. Sie war ja nach dem Verhalten ihres Bruders ganz unmöglich geworden. Sie kannte Axels strenge Ansichten — er dachte und handelte so korrekt in jeder Beziehung, da paßte ihre Familie nicht zu ihm! Sie wollte nicht für schwerfällig gelten; sie hatte ihn schon verstanden und würde ihre Folgerungen ziehen. Er sollte zufrieden mit ihr sein! Aber offen und frei hätte er erklären können, mit uns beiden kann nichts mehr werden, sie hätte er eingesehen, wenn ihm nicht weiter darum gesünder, aber ihre Treue durfte er nicht anweisen! Nun war alles vorbei. Und Maria Christinas Briefe zu zeigen, hatte sie jetzt keine Veranlassung mehr. Sie nahm sich zusammen. Die Mutter durfte nicht leben, wie sie litt. Nach dem Abendessen schrieb sie an Axel — nur ein paar Worte. Sie wollte seinen Wünschen entgegenkommen, und gab ihm, ankündigend auf ihre Begegnung, sein Wort zurück. Ganz kalt und nüchtern schrieb sie ihm, aus den Erwägungen ihres gekränkten Stolzes heraus. Und den Brief trug sie gleich hinunter nach dem Briefkasten. Sie mußte an Axels Wohnung vorbei. Er war daheim. Sie ließ ihr durch einen Bedienten einen schriftlichen Bescheid geben. Sie jagerte dennoch nicht einen Augenblick, das inhaltsschwere Schreiben dem Briefkasten anzuwerfen. Beim Niederfallen des Briefes überließ sie ein leises Fröheln, und in einer Schwächeanwandlung umklammerte sie den Briefkasten mit beiden Armen. Nun war alles aus. Nun war sie erst ganz arm, war bettelarm geworden. Niemand hatte sie mehr, an den sie

